

Anforderungskatalog zur ausreichenden Verkehrsbedienung ab dem 12.12.2027 für das Linienbündel „Bad Schwalbach / Aar“

Die Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (RTV) als für den Rheingau-Taunus-Kreis zuständige Lokale Nahverkehrsorganisation hat zur Sicherung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich des Rheingau-Taunus-Kreises in 2025 den Lokalen Nahverkehrsplan fortgeschrieben. Hierbei sind die Vorgaben des Hessischen ÖPNV-Gesetzes umgesetzt worden, die insbesondere in § 14 Abs. 2 Anforderungen an den Inhalt eines Nahverkehrsplans stellen. In diesem Nahverkehrsplan sind die Anforderungen der RTV an eine ausreichende Verkehrsbedienung entsprechend dem Rahmencharakter eines Nahverkehrsplans skizziert worden.

Um einerseits den aktuellen und künftigen Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen und um andererseits eigenwirtschaftliche Verkehre darauf abzustimmen, wurden durch die RTV als lokale Aufgabenträgerorganisation weitergehende Anforderungen an die Standards der Verkehrsleistungserbringung in dem o.g. Linienbündel beschlossen. Diese Anforderungen ergänzen die Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan.

Ausweislich § 8 Abs. 4 S.1 PBefG sind Verkehrsleistungen im ÖPNV eigenwirtschaftlich zu erbringen. Falls ein Verkehrsunternehmen an der eigenwirtschaftlichen Erbringung des Linienbündels „Bad Schwalbach / Aar“ interessiert ist, hat es gemäß § 12 Abs. 6 PBefG den Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für einen eigenwirtschaftlichen Verkehr spätestens drei Monate nach Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung gemäß Art. 7 Abs. 2 der VO (EG) Nr. 10370/2007 zu stellen. Nur falls eine derartige ausreichende Bedienung ab dem 12.12.2027 nicht im eigenwirtschaftlichen Interesse eines Verkehrsunternehmens realisiert wird, wird die RTV als Auftraggeber einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag vergeben.

Bei der Beantragung einer eigenwirtschaftlichen Linienverkehrsgenehmigung nach dem PBefG muss ein Verkehrsunternehmen die Anforderungen der zuständigen Aufgabenträger erfüllen und daher auch kennen. Diese Anforderungen werden vom Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens abgefragt und bei der Genehmigung berücksichtigt.

Die RTV stellt daher mittels der beiliegenden Leistungsanforderungen (Fahrplan, vgl. Anhang 01) die im öffentlichen Verkehrsinteresse zu gewährleistende ausreichende Verkehrsbedienung dar. Die Vorgaben dieses Anforderungskatalogs ergänzen die Anforderungen des bestehenden lokalen Nahverkehrsplanes des Rheingau-Taunus-Kreises, sofern und soweit hierin abweichende Bestimmungen getroffen werden. Die Einhaltung der nachfolgend definierten Qualitätsstandards ist dauerhaft zu gewährleisten.

Taunusstein, im Mai 2026

Bei der Verkehrsleistung handelt es sich um folgende Linien:

201, 202, 204, 205, 207, 208, 211 und 212 (vgl. Fahrpläne in Anhang 01). Der vom Verkehrsunternehmen zu erbringende Leistungsumfang muss mindestens dem Fahrplanangebot gem. Anhang 01 „Fahrpläne“ entsprechen.

1. Mindestanforderungen „Ausstattungskriterien und Mindestanforderungen an die Fahrzeuge“

Die Mindestanforderungen der Fahrzeuge sind dem Anhang 02 zu entnehmen.

2. Mindestanforderungen „Anforderungen an den Betrieb“

- (1) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, den RMV-Tarif anzuwenden.
- (2) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, die Anforderungen des RMV hinsichtlich Ticketing, Vertrieb, etc. (vgl. Anhang 03) anzuwenden bzw. umzusetzen.
- (3) Der Fahrscheinvertrieb erfolgt in jedem Fahrzeug über ein vom Fahrpersonal zu bedienendes elektronisches Fahrscheinverkaufsgerät.
- (4) Fahrscheindrucker, Ersatzdrucker und Fahrscheinrohlinge (vgl. Anhang 03) stellt das Verkehrsunternehmen unentgeltlich zur Verfügung.
- (5) Die Programmierung sowie das Einspielen der jeweils aktuellen Tarifmatrix erfolgen durch das Verkehrsunternehmen. Zur Aktualisierung bzw. Anpassung der Fahrscheindrucker mit der jeweils aktuellen Tarifmatrix können die notwendigen Informationen auf der RMV-Tarif- und Vertriebsplattform bezogen werden.
- (6) Die Fahrscheinbe- und -entwertung muss den maßgebenden Richtlinien des RMV entsprechen.
- (7) Der Fahrscheinvertrieb erfolgt in jedem Fahrzeug über ein vom Fahrpersonal zu bedienendes elektronisches Fahrscheinverkaufsgerät und Kontrollgeräte, die den technischen Anforderungen des RMV genüge tragen.
- (8) Das Verkehrsunternehmen muss in den Fahrzeugen das RMV-Fahrscheinsortiment (ohne Jahreskarten, Gruppenkarten, CleverCard, Schülerjahreskarte, Jobtickets und Deutschlandticket) einschließlich Übergangstarife verkaufen. Er muss jedoch über Bezugsmöglichkeiten von Jahreskarten, Großgruppenkarten ab 10 Personen, CleverCards, Schülerjahreskarte, Jobtickets und Deutschlandticket Auskunft geben.
- (9) Das Verkehrsunternehmen bezieht die Fahrscheinrohlinge ausschließlich bei einer vom RMV zur Fahrscheinerstellung autorisierten Druckerei (vgl. Anhang 03). Die Fahrkartenrohlinge sind sicher gegen Missbrauch zu verwahren. Die Eigenschaften des Druckerpapiers müssen vom Druckerhersteller freigegeben sein. Das Druckerpapier muss den Anforderungen des RMV entsprechen (vgl. Anhang 03).
- (10) Das Verkehrsunternehmen hat Fahrscheinrohlinge, Notfahrscheine sowie Druckerpapier sicher gegen Diebstahl oder Missbrauch aufzubewahren und deren ordnungsgemäße Verwendung regelmäßig zu überprüfen. Für Schäden, die durch Diebstahl

oder nachgewiesenen Missbrauch entstehen, kann der Verkehrsunternehmer bei Pflichtverletzung haftbar gemacht werden (vgl. Anhang 03).

- (11) Die Anforderungen des RMV an die Fahrkartenverkaufsgeräte hinsichtlich der Kontrolle und des Vertriebs von elektronischen Tickets (vgl. Anhang 03) sind vom Verkehrsunternehmen umzusetzen. Hierzu hat das Verkehrsunternehmen rechtzeitig vor Betriebsaufnahme den vHGS-Vertrag mit mindestens dem Aufgabenbereich „Kontrolle“ mit dem RMV als Produktverantwortlichem und den ((eTicket-Teilnahmevertrag mit mindestens der Rolle „Dienstleister (DL)“ mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) abzuschließen. Diese Verträge werden dem Verkehrsunternehmen auf Anforderung vom Aufgabenträger zur Verfügung gestellt. Der Abschluss der Verträge ist nur dann erforderlich, wenn noch keine entsprechenden gültigen Verträge mit dem Verkehrsunternehmen bestehen.
- (12) Zur Integration der Fahrscheindrucker in das vHGS hat das Verkehrsunternehmen vor Betriebsaufnahme den Integrationstest für die VDV-Rolle „Dienstleister Kontrolle“ gemäß (vgl. Anhang 03), dort: „Elektronisches Fahrgeldmanagement“ und „EFM_Integration_vHGS“, unter Berücksichtigung der dort genannten Fristen zu beginnen, bis zur Betriebsaufnahme fehlerfrei zu absolvieren und dies dem Auftraggeber nachzuweisen. Nicht fehlerfrei integrierte Drucker sowie Drucker, die nicht täglich morgens vor Betriebsbeginn mit aktuellen Sperr- / Aktionslisten versorgt werden und ihre Transaktionsnachweise ins vHGS entsorgen, gelten als nicht den Anforderungen entsprechend.

3. Einrichtung und Bewirtschaftung der Haltestellen

- (1) Die anzudienenden Haltestellen sind bereits mit je einem Haltestellenschild und Aushangkästen für die Fahrpläne versehen und zum Teil mit Wartehallen und Sitzgelegenheiten ausgestattet. Überwiegend sind auch Mülleimer vorhanden. Die Haltestellen sowie deren Ausstattung befinden sich im Besitz der jeweiligen Gebietskörperschaft (Kreis / Gemeinde / Kommune).
- (2) Das Verkehrsunternehmen bleibt gemäß § 40 PBefG bzw. § 032 Absatz 2 BOKraft für die Haltestellen verantwortlich. Das bedeutet insbesondere,
- dass das Verkehrsunternehmen bei Beschädigung der Haltestelle (z.B. infolge eines Unfalls oder Vandalismus) die jeweilige Gebietskörperschaft (Kreis / Gemeinde / Kommune) bzw. die Lokale Nahverkehrsorganisation, auf deren Gebiet sich die Haltestelle befindet, unverzüglich informiert. Bei auftretenden Schäden oder Mängeln an den Haltestellen, die vom Verkehrsunternehmen an die jeweilige Gebietskörperschaft (Kreis / Gemeinde / Kommune) bzw. die Lokale(n) Nahverkehrsorganisation(n) gemeldet werden, wird von dieser die Schadens- bzw. Mängelbeseitigung veranlasst, so dass den Mindestvorgaben nach BOKraft Rechnung getragen wird. Bei Beschädigung des Haltestellenschildes sorgt das Verkehrsunternehmen kurzfristig für einen provisorischen Ersatz.
 - dass das Verkehrsunternehmen bei Umleitungen (z.B. infolge von Baumaßnahmen) provisorische Haltestellenschilder aufstellt und die regulären Haltestellenschilder abhängt.

- dass das Verkehrsunternehmen ausreichend provisorische Haltestellenschilder (StVO-Verkehrszeichen 224 nebst Mast, Fahrplanaushang und standsicherem Fuß) vorzuhalten hat.
 - dass das Verkehrsunternehmen die jeweils gültigen Fahrpläne aushängt.
- (3) Das Verkehrsunternehmen ist gemäß § 40 PBefG für die Herstellung der Aushangfahrpläne zuständig. Auf den Aushangfahrplänen müssen den Vorgaben der Anlage 3b entsprechen. Die vorhandenen Aushangfahrplankästen haben i.d.R. das Format DIN A 03 (hoch).

4. Umgang mit Betriebsstörungen

Zur Sicherung der vertragsgemäßen Durchführung des Betriebes sollte das Verkehrsunternehmen ein Notfall- und Störungsmanagement vorhalten, das im Bedarfsfall den kurzfristigen Einsatz von Ersatzfahrzeugen ermöglicht.

- Bei absehbaren, d.h. **planbaren** Betriebsstörungen, wie beispielsweise durch die zuständigen Behörden bekannt gemachte verkehrliche Einschränkungen infolge von Straßenbaumaßnahmen, hat das Verkehrsunternehmen die Lokale Nahverkehrsorganisation (LNO) unverzüglich nach Bekanntwerden entsprechender Planungen zu informieren. Das Verkehrsunternehmen teilt der LNO die Anpassung des Betriebsprogrammes mit.
- Bei **nicht planbaren** Betriebsstörungen, wie beispielsweise aufgrund von Fahrzeugausfällen, Unfällen oder kurzfristig durch die zuständigen Behörden bekannt gemachte verkehrliche Einschränkungen, hat das Verkehrsunternehmen die LNO über die Ursachen und die verkehrlichen Auswirkungen der Störungen unverzüglich zu informieren.

5. Aktuelle Daten zum Betriebsablauf

- (1) Das Verkehrsunternehmen hat an den RMV gemäß Ziffer 3.2.3 des Anhangs 03 (Anlage 17 Datenhandbuch) für jedes eingesetzte Fahrzeug kontinuierlich Daten nach den VDV-Spezifikationen 4503 / 454 (insbesondere fahrzeitrelevante Ist-Daten, Ausfälle und Teilausfälle von Fahrten) zu liefern. Die Positionsbestimmung muss dabei in GPS-Qualität erfolgen.

Hinweis: Diese Daten werden für elektronische Auskunftssysteme verwendet, bspw. zur dynamischen Fahrgastinformation über stationäre Systeme, im Fahrzeug, in Verkehrsstationen / Bahnhöfen, im Internet und über mobile Endgeräte sowie für die Anschlusssicherung. Diese Daten werden auf der verbundweiten RMV-Datendrehscheibe (vDDS) weiterverarbeitet und für die entsprechenden Dienste bereitgestellt. Diese Daten geben zum Zeitpunkt der Abfrage die aktuelle Fahrplanlage der Fahrzeuge wieder. Insbesondere die tatsächlich gehaltene Ankunfts- und Abfahrtszeit eines Fahrzeugs an einer Haltestelle stellt eine fahrgastrelevante Information dar.

- (2) Die gelieferten Daten können von den entsprechenden Stellen gespeichert werden.